

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Es ist ermüdend, über die Arbeit der **Ampel** laufend das Gleiche zu schreiben. Über die vielen Wochen ihrer politischen Tätigkeit haben sie etwas geschafft, aber bei weitem zu wenig und oft das Falsche; dafür loben sie sich am meisten selbst. Die 3 ungleichen Ampelpartner sind nicht in der Lage, nach Prioritäten zu unterscheiden. Was ist das Ergebnis: Streit! Damit die Ampel nicht ganz ausfällt, findet man schlussendlich zu einem Minimalkompromiss, was voraussichtlich bis zur nächsten Bundestagswahl (28. September 2025) so weiter geht. Es geht in der „Fortschrittskoalition“ so weiter, aber zum Nachteil Deutschlands – nach unten. Eines hat uns die ungleiche Regierungsmannschaft für die Zukunft gelehrt: So etwas brauchen wir nicht noch einmal. Der Kanzler wird mit seiner Mannschaft bis zum Ende der Legislaturperiode als zahnloser Tiger auf dem Regierungssofa sitzen. Die wenigsten werden eine Träne nachweinen, wenn sich alle aus dieser Position entfernen müssen.

Die letzten drei Landtagswahlen im Osten haben für die Ampel ein niederschmetterndes Ergebnis gebracht. Kurz vorher wollte man noch punkten und **afghanische Straftäter** im Flugzeug zurückschicken. Jeder Ausgewiesene bekam 2 Justizbeamte als Begleitung plus 1.000 € in bar. Man sollte wissen, wenn die Straftäter im Flugzeug randalieren, wird die Ausreise gestoppt. Aus früheren Fällen ist bekannt, dass Ausgewiesene über andere Länder kurzfristig illegal wieder nach Deutschland einreisen. Es sollte Mittel und Wege geben, illegale Einreisen zu unterbinden.

Nochmal zurück zu den Landtagswahlen, die der Kanzler als Erfolg wertete, weil die SPD mit Ausnahme von Brandenburg knapp die 5%-Hürde übersprang.

Besonders stolz ist die Führungsspitze der Ampel auf die 49 Maßnahmen, die in der **Wachstumsinitiative** festgelegt wurden. Das XXL-Paket sollte u.a. die Bürokratie bekämpfen. Wenn aber die **Aufbewahrungsfristen** für Belege von 10 auf 8 Jahre reduziert werden sollen oder man die **Bon-Pflicht** abschaffen will, dann bezeichnen wir das lediglich als XS-Größe. An z.B. die Aussetzung des deutschen **Lieferkettengesetzes** hat man sich nicht im Ansatz herangetraut. Zum **Ausländer-Steuerabatt/-recht** will man zunächst ein Gutachten erstellen lassen, weil länger in Deutschland Beschäftigte nicht benachteiligt werden sollen. Bei der **Besteuerung der Renten** gibt es keinen Kompromiss, sondern zunächst nur Streit. Beim **Bürgergeld** gibt es viele Unterschiedlichkeiten und eine gemeinsame Regelung ist noch nicht in Sicht. Bei den **Energiepreisen** sieht man keinen gemeinsamen Ansatz, wie die Netzkosten gesenkt und die Netzentgelte stabilisiert werden können. Es wurde lediglich eine „zügige Prüfung“ zugesagt. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat errechnet, dass der Staat erneuerbare Energien in diesem Jahr voraussichtlich mit 23 Mrd. € fördern wird. Wieviel es tatsächlich werden, weiß niemand. Vor ca. einem Jahr erklärte die Regierung auf Anfrage: Eine Kosten-Nutzen-Analyse gibt es nicht. Das sollte es aber geben, denn bei der Energiewende geht es um wettbewerbsfähige Strompreise. Der deutsche Strompreis liegt deutlich über dem Niveau der wichtigsten Wettbewerber China und USA. Die Investmentbank Goldman Sachs analysierte die Vermeidungskosten für CO₂ auf rund 100 € pro Tonne. Hochgerechnet bis 2030 (bessere Stromnetze und neue Anlagen zur Stromerzeugung) sind das ca. 1.000 Mrd. €. Namentlich den

„Grünen“ ist die Energiewende schon heute über den Kopf gewachsen. Das Thema **Steuerentlastung** wird nach den Ferien auf die „To-Do-Liste“ gesetzt. Eines steht fest: Konkrete Gesetze für die vorgeschlagenen Wachstumsinitiativen gibt es (noch) nicht.

Nicht nur deutsche Institute, auch der IWF (Internationaler Währungsfonds) bestätigen Deutschland in den nächsten Jahren ein **geringes Wirtschaftswachstum**. Das hat mehrere Ursachen: Alternde Gesellschaft, Produktionsschwäche, die Ampel mit ihrer miserablen Regierungsarbeit (Energie-, Steuer-, Migrationspolitik etc.), marode Infrastruktur und andere mehr. Schlechte Standortbedingungen haben deutsche Unternehmen dazu gezwungen, ins Ausland auszuwandern oder zumindest dort Niederlassungen aufzubauen. In Deutschland werden Fachkräfte gesucht. Warum hat man nicht versucht, einen Großteil der 635.000 jungen Menschen, die in den letzten 10 Jahren Deutschland verlassen haben, hier zu halten?¹ Diese jungen, qualifizierten Menschen werden über die Apelle zum „Standortpatriotismus“ von Robert Habeck wahrscheinlich nur herzhaft lachen. Die ausländischen Fachkräfte, welche die Zahl der Auswanderungen erheblich unterschreitet, gehen nach einer gewissen Zeit mit dem, was sie in Deutschland gelernt haben, zurück in ihre Heimatländer. Unternehmen sowie Fachkräfte versuchen, am Wirtschaftswachstum bzw. Fortschritt im Ausland zu partizipieren. Wird Deutschland nicht wieder attraktiver gemacht, wird sich auf jeden Fall eines erweitern, nämlich die „Meckerkultur“.

Das IWH (Institut für Wirtschaftsforschung in Halle) stellte in einer Erhebung fest, dass es seit 2016 noch nie so viele **Insolvenzen** gab wie zurzeit. Hauptgründe sind Refinanzierungskosten für höhere Zinsen sowie höhere Lohn- und Energiekosten. Firmen, die man lediglich mit Corona-Hilfen am Leben erhielt, haben es am heutigen Markt deutlich schwieriger, haben keine Existenzberechtigung mehr und müssen Konkurs anmelden. Nirgendwo gab es so viele Insolvenzen (mehr als 10 Mio. € Umsatz) als in der **Immobilienbranche**. Positive Veränderungen sind nicht in Sicht. In der **Modebranche** sieht es nicht viel anders aus. Vergeblich haben führende Modeketten wie Hallhuber, Esprit gegen Online-Händler gekämpft. Auch im **Handel** traf und wird es weitere Ketten treffen. Wir erinnern an Real, Galeria, KaDeWe, Sportcheck und andere mehr. In der **Automotive**-Industrie finden nur 41% der Firmen nach der Insolvenzanmeldung eine Lösung. Firmen, die Komponenten für Benzin- oder Dieselfahrzeuge herstellen, sind praktisch unverkäuflich. Da noch nicht bekannt ist, wann die Umstellung vom Verbrenner zum Stromer kommt, ist die Autobranche besonders gefährdet. Hinzu kommt, dass die Zulieferer ohnehin keine großen Gewinnmargen, also auch kein dickes Finanzpolster haben. Als Beispiel: Das augenblickliche „Erdbeben“ bei VW erschüttert die Beschäftigten, alle Zulieferer, die Politik, vielleicht sogar die gesamte deutsche Volkswirtschaft. VW gehört zu den größten Konzernen in Europa mit einem Umsatz 2023 von 332 Mrd. €. Mit 9,42 Mio. hergestellten Autos verwiess man Toyota auf Platz 2 in der Welt. Man war umsatzstärker als Finnland, Portugal, Rumänien oder Tschechien. Kernproblem: Die Produktion ist in Relation zu anderen Herstellern zu teuer. Bei der E-Mobilität und der Software hat man gegenüber der Konkurrenz den Anschluss verloren. Auf dem wichtigsten Markt (China) ist der Absatz von Verbrennern rasant zurückgegangen (zugunsten von E-Autos). Die Krise des Branchenriesen könnte andere in der Autoindustrie auch erreichen. In der gesamten Autoindustrie in Deutschland sind knapp 800.000 Menschen beschäftigt. In dieser Situation mahnen Politiker der Oppositionsparteien fehlende Rahmenbedingungen der Politik an. Das mag zum Teil zutreffen, aber primär sind Managementfehler ausschlaggebend. Niedersachsen gehören 12% der VW-Aktien und

¹ In den letzten Jahren hat sich die Zahl der 20- bis 40-Jährigen, von denen Dreiviertel einen Hochschulabschluss haben, auf 210.000 Menschen jährlich erhöht – Tendenz steigend.

somit hat Ministerpräsident Stefan Weil (SPD) einen Stimmrechtsanteil von 20% bei grundlegenden Entscheidungen im Konzern. Jetzt steht Kostensenkung auf der Agenda. Mal sehen, was unserem Kanzler einfällt, wenn er sich bei VW sehen lässt.

Im **Maschinen- und Anlagenbau** stieg die Zahl der Insolvenzen ebenfalls, aber die meisten Firmen konnten gerettet werden, weil viele langfristige Aufträge haben und zum Teil als weltmarktführend gelten. In der **Gesundheitsbranche** mussten große Krankenhäuser schließen. Für jede zweite Klinik gab es während des Verfahrens eine Lösung, sodass sie gerettet werden konnte.

Ein besonderer Fall ist das Unternehmen, dass mit vollen Auftragsbüchern (11 Mrd. €²) vor dem Kollaps steht: Die Meyer Werft. Für unseren Kanzler Scholz ist es ein „industrielles Kronjuwel“, welches systemrelevant für die deutsche Wirtschaft ist. Stefan Weil (Ministerpräsident von Niedersachsen) stimmte ebenfalls für die 2,7 Mrd. € Hilfe, die das größte Engagement darstellt, das ein Bundesland je für die Rettung eines privaten Unternehmens übernommen hat. Zunächst allerdings muss der Firmensitz von Luxemburg nach Deutschland zurückverlegt werden. Die Zustimmung der EU-Kommission und des Bundestages ist für Kanzler Olaf Scholz nur eine Formsache. Der Ifo-Präsident Clemens Fuest ist bestimmt nicht der einzige Kritiker. Er sagte der Nachrichtenagentur Reuters: „Es ist nicht die Aufgabe des Staates, angeschlagene Privatunternehmen vor der Insolvenz zu retten. Wenn das Geschäftsmodell aussichtsreich ist, werden sich private Investoren finden. Wenn der Staat einsteigt, besteht die Gefahr, dass Verluste auf die Steuerzahler abgewälzt werden.“

Um nicht in die Gefahr einer Insolvenz zu kommen, streichen deutsche Firmen Arbeitsplätze und produzieren im Ausland. Es gibt reichlich Beispiele. Das Jüngste ist Miele, welche die Produktion in Polen erweitert hat. Wahrscheinlich ist es nur ein Witz, aber dort produziert man unter dem Firmennamen „Miele-wskie“.

Nicht nur der schwäbischen Hausfrau ist bekannt, wenn ich mehr ausgabe, als ich habe bzw. einnehme, mache ich Schulden. Die deutsche **Staatsverschuldung** betrug am 30.09.2023 2.453.821.000.000 €. Diese 2,5 Billionen € ergeben bei 84,4 Mio. Einwohnern in 2023 eine Pro-Kopf-Verschuldung von 29.074 €. Die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands, verbunden mit steigenden Ausgaben, haben in diesem Jahr bereits die 2,5 Billionen-Marke überschritten. Höhere Rüstungsausgaben sowie Folgen der Corona-Pandemie haben wesentlich zu diesem historischen Rekordstand in Deutschland geführt.

Da man mit den eingenommenen Steuern nicht auskommt, muss man sich finanzieren. Beispielsweise über Schuldverschreibungen, die ein Staat ausgibt; diese nennt man Staatsanleihen. Dabei handelt es sich um Wertpapiere (auch Rentenpapiere genannt), die von Dritten gekauft werden. Das spült Geld in die Kasse des Staates. Diejenigen, die Anleihen kaufen, werden also Kreditgeber. Umgekehrt wird der Staat Kreditnehmer, macht also Schulden. Die Verschuldung des deutschen Staates läuft vor allem über Bundesanleihen, Kommunalanleihen oder Bundesschatzbriefe. Der Unterschied zwischen Anleihen und Schatzbriefen besteht darin, dass Anleihen auch vor Fälligkeit über die Börse gehandelt werden können. Sie unterliegen also einem Kursrisiko. Für das geliehene Geld muss der Staat Zinsen an den Geldgeber zahlen. Deshalb nennt man Anleihen auch verzinste Wertpapiere. Nach Ende der vereinbarten Laufzeit ist der Staat verpflichtet, das gegebene Geld plus Zinsen an den Gläubiger zurückzuzahlen. Die Zinsen sind umso höher, je schlechter die Bonität (Zahlungsfähigkeit) des betreffenden Staates beurteilt wird.

² In der Regel zahlen Kunden 20% an, der Rest muss bei Übergabe des Schiffes bezahlt werden.

Sogenannte Ratings schätzen die Bonität. Weltweit führend sind 3 Agenturen: Standard & Poor's (USA), Moody's (USA), Fitch (USA/UK). Alle drei stufen Deutschland zurzeit mit der Bestwertung „AAA“ oder „Triple A“ ein.

Jeder, der eine Bundesanleihe oder einen Bundesschatzbrief besitzt, ist Kreditgeber des deutschen Staates. Also Privatpersonen, Banken (hauptsächlich), Lebensversicherungen oder Pensionskassen. Jeder dieser Gläubiger finanziert mit seinem Teil die deutsche Staatsverschuldung.

Die öffentliche explizite Verschuldung beschreibt den tatsächlich aufgelaufenen Schuldenstand. Die implizite Verschuldung (auch verdeckte Verschuldung genannt) stellt künftige mögliche Zahlungsverpflichtungen des Staates in Rechnung. Langfristige Projektionen sind insofern problematisch, als Faktoren wie Zinsbelastung, Bevölkerungsverteilung oder die Zusammensetzung der Sozialsysteme nur geschätzt werden können.

Seit einiger Zeit ist die Schuldenbremse mit Befürwortern und Kritikern stark in der Diskussion. Es ist eine bundesdeutsche Regelung aus dem Jahre 2009, welche die Nettokreditaufnahme des Bundes auf maximal 0,35% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) begrenzt.

Rot-Grün sieht keine Chance, mit dem vorhandenen Budget (Steuern) das Land in eine sichere Zukunft zu führen. Sie brauchen Schulden, d.h. die Auflösung der Schuldenbremse und Sondertöpfe. Bei dieser bestechenden Logik – ohne mehr Schulden keine Zukunft – muss doch einem halbwegs vernünftigen Menschen der „Hut hochgehen“. Die Politiker, die diese Suppe kochen, sind schon längst nicht mehr da, wenn deren Kinder und Enkel sie auslöffeln müssen.

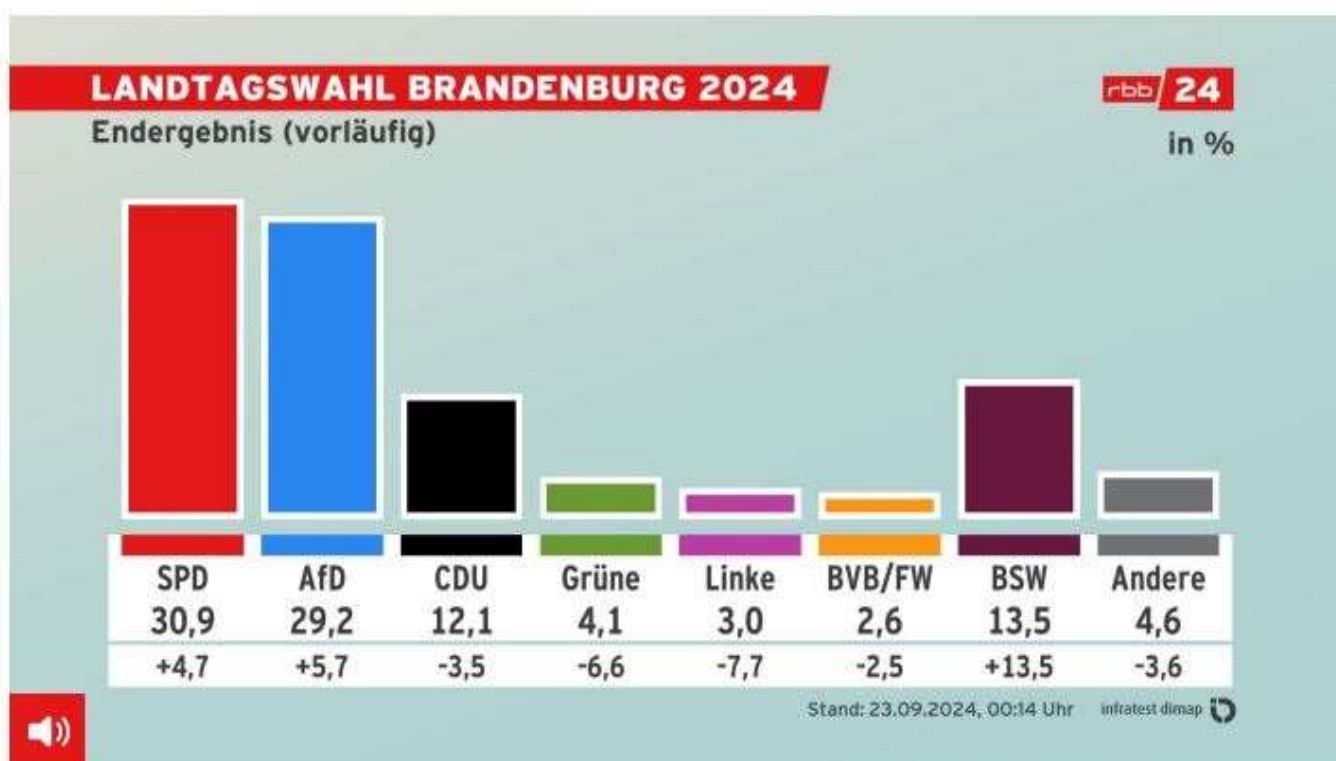
Die EU leitete Defizitverfahren gegen Länder mit zu hohem Haushaltsdefizit ein. Genannt seien hier Italien (7,4%), Frankreich (5,5%), Belgien, Polen, Ungarn, Slowakei und Malta. Diesen Schritt wenden die Brüsseler Behörden seit 4 Jahren wieder an. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die **EU-Schuldenregelung** ausgesetzt.

Vielleicht hat **Ursula von der Leyen** (CDU; nachfolgend U.v.d.L.) schon vor mehr als einem Jahr erkannt, dass in der **EU** einiges nicht „rund läuft“. Sie beauftragte ihren Vorgänger Mario Draghi, eine neue Wachstumsagenda für Europa auszuarbeiten. Kürzlich lieferte er ein über 500 DIN A4 Seiten starkes Papier, was für U.v.d.L. ein „perfektes Plädoyer“ war. Er stellte fest, dass die EU immer weiter hinter den USA und China zurückfällt. Es gibt wenig neue Unternehmen, welche in der EU eine neue Wachstumsdynamik entwickeln könnten. Dazu fehlen jährlich bis zu 800 Mrd. €. Die durch das Internet ausgelöste digitale Revolution und die damit verbundenen Produktivitätsgewinne wurden in der EU weitgehend verpasst. U.v.d.L. sieht jetzt ihre Aufgabe darin, mit den Mitgliedsstaaten gemeinsame Projekte zu definieren. Ihre Idee zur Finanzierung: Die Beitragszahlungen der EU-Länder zu erhöhen oder die EU bekomme eigene Einnahmequellen (z.B. Eurobonds). Reaktion vom deutschen Finanzminister Christian Lindner (FDP): Mit einer gemeinsamen Schuldenaufnahme durch die EU lösen wir die strukturellen Probleme nicht. Draghi machte 170 Vorschläge, welche die EU-Kommissionspräsidentin im Programm der neuen EU-Kommission vorstellte. Der EU-Sonderbeauftragte Enrico Letta legte einen Bericht zur Zukunft des Binnenmarktes vor, der deckungsgleich mit den Ausführungen von Draghi ist. Einen Grund für mangelhafte globale Wettbewerbsfähigkeit sieht man in der Zersplitterung der 27 nationalen Märkte. Wenn man nicht alle Mitgliedsstaaten unter einen Hut bringt, kündigt man schon heute eine „Koalition der Willigen“ an. Für uns klingt das nach „Zerbröselung“. Einig ist man sich darin, dass ein „radikaler Wandel“ nötig ist. 13.000 neue Gesetze in den letzten 5 Jahren (im gleichen Zeitraum in den USA 3.000) haben die Bürokratie erhöht, aber nicht die Wettbewerbsfähigkeit. Vielleicht liegt es

auch an dem eigenwilligen Führungsstil von U.v.d.L. (aus der Presse entnommen, weil keine eigene Beurteilung möglich). Als Machtmensch duldet sie keinen Widerspruch und deshalb ist der langjährige EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton im Streit aus dem EU-Parlament ausgeschieden. In ihrer zweiten Amtszeit umgibt sie sich mit 11 Frauen und 16 Männern aus den Mitgliedsstaaten. Hierbei handelt es sich ausschließlich um loyale Gefolgsleute, die ihr nicht reinreden und sie somit immer das letzte Wort hat. Die ersten 5 Jahre ihrer Amtszeit hat sie nichts Großartiges bewegt, es sei denn, den Sozialstaat sowie die Bürokratie auf- und ausgebaut und mit Gesetzen reguliert. Die EU ist abhängig von einem wirtschaftlich starken und kreditwürdigen Deutschland. Darauf basiert der Draghi-Plan. Selbst eine Ampel wird sich nicht vor die „EU-Karre“ spannen lassen und für hoch verschuldete Staaten wie Frankreich oder Italien die „Nase hinhalten“. Deutschland befindet sich in einer Strukturkrise, d.h. Deindustrialisierung! Der Anteil der Industrie an der Gesamtwirtschaft des Landes nimmt ab. Aus der Situation muss sich Deutschland befreien; deshalb müssen wir uns zunächst selbst helfen.

Vorläufiges Endergebnis Landtagswahl Brandenburg

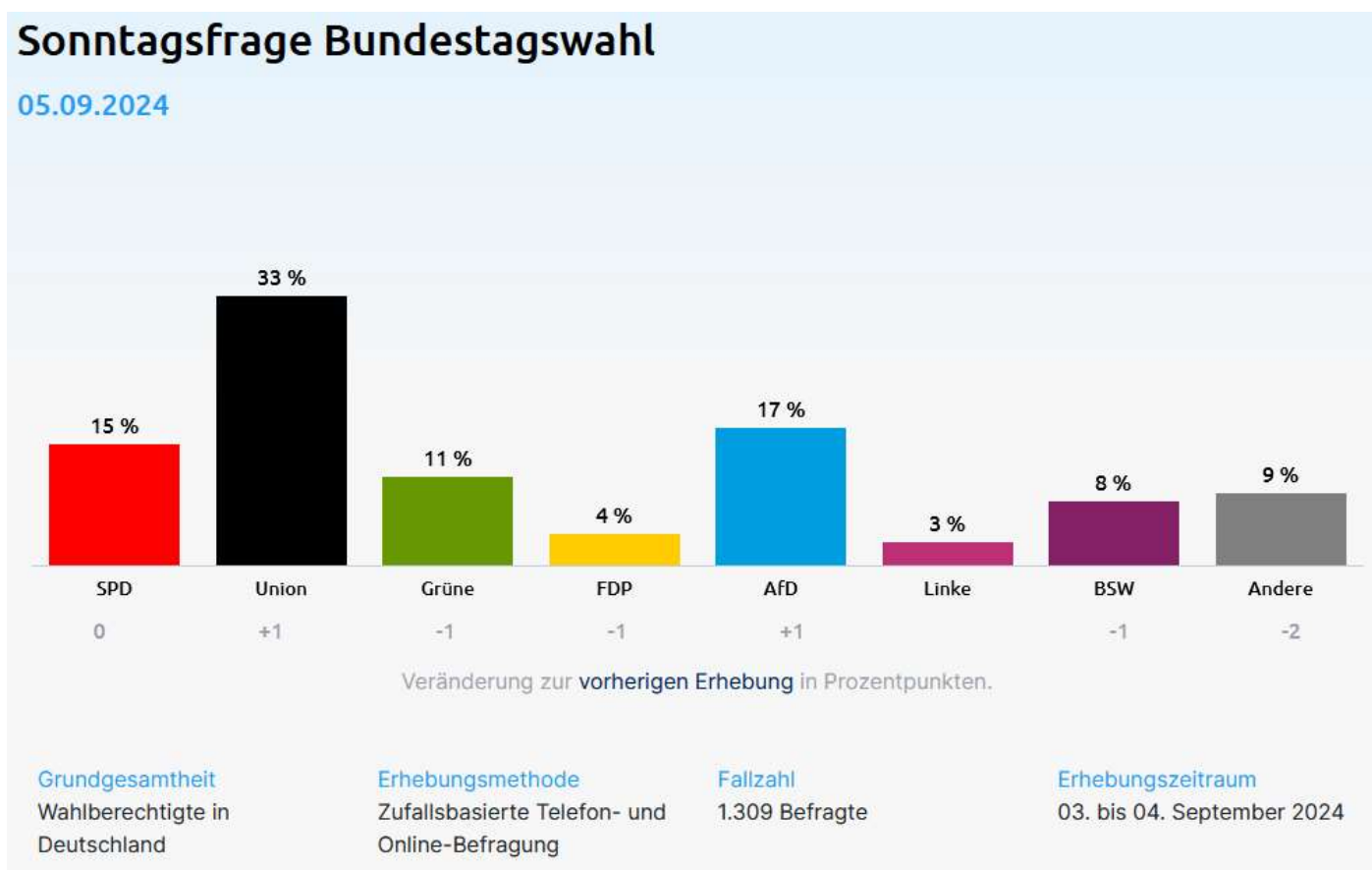
Mo 23.09.24 | 01:54 Uhr



Audio: rbb24 Inforadio | 22.09.2024 | Olaf Napp & Nico Hecht | Bild: infratest dimap

Quellen: RBB / Infratest Dimap

Sonntagsfrage zur Bundestagswahl



Quelle:
<https://www.infratest-dimap.de/>

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Man muss am deutschen Markt suchen, um eine Branche zu finden, die zufriedenstellende schwarze Zahlen schreibt. Beim **rostfreien Edelstahl** würde man vergeblich suchen. Die **Aussichten** in nächster Zeit sind nicht erfolversprechend. Aus der nachstehenden Tabelle ist ersichtlich, dass der Nickel-Lagerbestand gestiegen ist. Aber nicht nur an der LME (London Metal Exchange) in London herrscht ein Überangebot. Die Nickel-Nachfrage ist ebenfalls gestiegen, aber auch die Produktion in Indonesien und somit rollt der Nachschub reibungslos. Bis ins erste Quartal 2025 wird es für **Nickel / Molybdän / Chrom** keine wesentliche Veränderung geben und wenn, dann nach unten.

Bei den Legierungszuschlägen (LZs) wird es auch keine wesentlichen Veränderungen nach unten geben (auf jeden Fall nicht bis Ende 2024), aber der Abwärtstrend ist eindeutig zu erkennen. Die Schrottpreise sind, wie die Tabelle zeigt, ebenfalls gefallen.

Deutschland ist auf Rohstoffimporte angewiesen. Deshalb hat die Bundesregierung bei der KfW³ einen Rohstoff-Fonds über 1 Mrd. € eingerichtet. Er soll Projekte fördern und die Rohstoffversorgung absichern. Das bedeutet nicht, dass damit die Abhängigkeit von China im Falle eines Konflikts aufgehoben ist. Z.B. liefern auch andere Länder Seltene Erden, aber solange China günstiger liefert als andere Anbieter, bleibt man dabei. Die komplette 1 Mrd. € muss nicht im Haushalt hinterlegt werden, sondern nur ca. 10% für mögliche Ausfälle.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
01.02.2024	1.0867	15.985	16.235	71.148	1.478
01.03.2024	1.0819	17.175	17.450	73.788	1.588
02.04.2024	1.0740	17.000	17.100	77.772	1.581
02.05.2024	1.0680	18.405	18.575	78.780	1.720
03.06.2024	1.0848	19.325	19.575	83.724	1.782
01.07.2024	1.0713	17.220	17.420	95.436	1.602
01.08.2024	1.0821	15.870	16.225	109.950	1.470
02.09.2024	1.1048	16.445	16.650	119.316	1.487
20.09.2024	1.1132	16.175	16.470	124.134	1.449

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	12/23	853	07/23	1.056	997	978	993	973	1.010	1.024	1.010	1.016	1.003	978		
4301	12/23	2.055	02/23	2.989	1.987	1.951	2.020	2.119	2.162	2.313	2.280	2.122	2.015	1.987		
4404	12/23	3.373	03/23	5.472	3.161	3.242	3.302	3.466	3.500	3.754	3.810	3.581	3.370	3.324		
4509	09/23	1.168	07/23	1.297	1.249	1.243	1.268	1.247	1.284	1.298	1.280	1.292	1.278	1.253		
4521	12/23	2.043	03/23	2.916	1.949	2.049	2.048	2.051	2.079	2.145	2.220	2.209	2.129	2.088		
4539	12/23	6.038	03/23	10.313	5.595	5.770	5.881	6.245	6.286	6.809	6.940	6.445	6.014	5.945		
4571	12/23	3.415	03/23	5.550	3.200	3.281	3.345	3.514	3.548	3.808	3.860	3.628	3.413	3.367		

³ Die KfW oder Kreditanstalt für Wiederaufbau ist eine deutsche Förderbank und eine der führenden Förderbanken der Welt. Sie besitzt keine Filialen, verfügt nicht über Kundeneinlagen und refinanziert ihr Fördergeschäft fast vollständig über die internationalen Kapitalmärkte. (Quelle: Wikipedia)

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	09/23	1.116	07/23	1.267	1.196	1.174	1.192	1.168	1.212	1.229	1.210	1.220	1.203	1.174		
4301	12/23	2.466	02/23	3.587	2.384	2.341	2.424	2.543	2.594	2.776	2.720	2.547	2.418	2.385		
4310	12/23	2.322	02/23	3.328	2.252	2.212	2.287	2.389	2.440	2.603	2.560	2.399	2.282	2.249		
4404	12/23	4.048	03/23	6.566	3.793	3.890	3.962	4.159	4.200	4.505	4.560	4.297	4.044	3.989		

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	12/23	410	05/23	440	425	445	450	450	450	420	400	450	420			
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	06/23	1.120	02/23	1.510	1.270	1.370	1.350	1.400	1.480	1.420	1.390	1.400	1.170			
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/23	2.080	02/23	2.680	2.220	2.322	2.350	2.360	2.480	2.420	2.390	2.400	2.170			

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team